

Hoch erfreut oder zutiefst empört

AWIGO-Restmüllanlage in Wallenhorst: Bürgermeister und Ratspolitiker bewerten Ansiedlung sehr unterschiedlich – Zahlreiche kritische Stimmen aus der Bevölkerung

Bürgermeister Otto Steinkamp und einige Politiker aus unserer Gemeinde finden es richtig gut, wenn künftig bis zu 75.000 Tonnen Restmüll in Wallenhorst umgeschlagen werden. Für andere Ratsmitglieder und vor allem viele ganz normale Bürger ist das Ganze zutiefst ärgerlich und höchst bedenklich. Das Bürger-Echo hat in dieser Ausgabe bei den Vorsitzenden aller Ratsfraktionen nachgefragt, ob sie frühzeitig über das AWIGO-Vorhaben im Gewerbegebiet am Schwarzen See informiert waren und was sie davon halten.

Die Antworten von Andre Budke (CDU, Manfred Gretzmann (CDW/W), Rüdiger Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) und Markus Steinkamp (FDP) sind im Wortlaut direkt im Anschluss an diesen Text nachzulesen. Der SPD-Fraktionschef Guido Pott, der zugleich auch Mitglied des AWIGO-Aufsichtsrats ist, hat kurz vor Redaktionsschluss des Bürger-Echos noch geantwortet.

Sicher ist, dass die Gemeinde Wallenhorst im Dezember 2019 ein 25.000 Quadratmeter großes Grundstück an die Landkreis-Gesellschaft AWIGO verkauft hat. Ob der Bürgermeister und die Ratspolitiker schon seinerzeit Kenntnis über den geplanten Restmüllumschlag hatten, wird sehr unterschiedlich beurteilt. So betont Markus Steinkamp (FDP), dass mit der 2019 vollzogenen Unterzeichnung des Kaufvertrags „klar war“, was dort passieren sollte.

Genau das weist Rüdiger Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) mit deutlichen Worten zurück. 2019 und in den Folgejahren hätten die AWIGO und der Bürgermeister stets versichert, dass auf dem Gelände ein neuer Recyclinghof für die Wallenhorster Bürger entstehen soll. Dass mehr als die Hälfte des Landkreis-weiten Restmüllaufkommens am Schwarzen See umgeschlagen werden soll, sei den Wallenhorster Ratspolitikern erst im Mai 2022 mitgeteilt worden – und zwar nicht von der AWIGO, sondern einem Sprecher der mit der Vermarktung der Schwarzer-See-Flächen beauftragten Niedersächsischen Landgesellschaft.

Die AWIGO teilt dazu in ihrem Rechenschaftsbericht 2020 mit Blick auf den gerade vollzogenen Grundstückskauf mit, dass am Schwarzen See „unter anderem“ eine Standortverlagerung des Wallenhorster Recyclinghofs vorgesehen ist. Konkretere Aussagen der AWIGO sind dazu zumindest nach Kenntnis des Bürger-Echos bis 2022 nicht öffentlich bekannt gemacht worden.

Da die Restmüll-Pläne den Wallenhorster Ratsmitgliedern im Mai 2022 in einer Sitzung des nicht-öffentlich tagenden Verwaltungsausschusses (VA) vorgestellt wurden, seien die Infos als Geheimsache behandelt worden. Über die Pläne sei zwar fraktionsintern diskutiert worden. Sie durften aber nicht an die Bürger weitergegeben werden, erklärt Manfred Gretzmann (CDW/W), der auch heute noch betont, dass er nicht über Inhalte aus dem VA berichten dürfe.

Der Einfluss der Wallenhorster Politik ist nach dem Abschluss des Kaufvertrags auf jeden Fall begrenzt gewesen. Mit dem Grundstücks-Deal im Jahr 2019 war das Genehmigungsverfahren für die AWIGO-Anlage ausschließlich in den Händen verschiedener Landkreis-Behörden. Die Gemeinde Wallenhorst hatte hier offenbar kein Mitspracherecht. Die Aussagen von Bürgermeister Otto Steinkamp und dem Ratsherrn Manfred Gretzmann erklären, dass keine Genehmigung durch die Gemeinde erforderlich war und es in den Ratsgremien keine Abstimmung über die Restmüllanlage gegeben hat.

Genau dies wird inzwischen außerhalb von Verwaltung und Rat von einem Teil der Bevölkerung nachgeholt. Das Bürger-Echo und Vorstandsmitglieder des Bürgervereins haben in den letzten zwei Wochen zahlreiche persönliche Gespräche und Anrufe empörter Bürgerinnen und Bürger bekommen, die einfach nicht glauben können, was derzeit am Schwarzen See passiert.

In den zahlreichen, teilweise sehr emotional geführten Gesprächen wurde eine AWIGO-Anlage mit diesen Ausmaßen fast ausschließlich abgelehnt. Darüber hinaus wird vor allem eine mangelhafte Information der Öffentlichkeit kritisiert. Der Tenor ist: Ohne die Berichterstattung im Bürger-Echo hätte man bis heute nichts von dem Müllumschlag am Schwarzen See erfahren. Der Bürgermeister sagt dazu, dass die Information der Bevölkerung allein Sache der AWIGO sei. Er selbst sei „froh darüber, dass sich die AWIGO am

Standort Wallenhorst zukunftsmäßig aufstellt“. Konkret bedeutet das künftig Tag für Tag jeweils mindestens 30 zusätzliche An- und Abfahrten schwerer Müllfahrzeuge sowie eine Zukunft mit erheblichen Risiken und Belastungen, wie die AWIGO auf Nachfrage des Bürger-Echos einräumt. Demnach müsse man im Umfeld einer Müllumschlaganlage immer mit Emissionen wie Gestank und Schädlingen rechnen.

Da die Genehmigungen allesamt vorliegen, könne man rechtlich wohl nichts mehr gegen die Anlage unternehmen, sagt Rüdiger Schulz nach einer intensiven Überprüfung des Vorgangs durch seine Fraktion. Dass es so weit gekommen ist, macht ihn wütend und fassungslos: „Wir sind stinksauer und enttäuscht, nicht ausreichend informiert worden zu sein.“

Unklar ist trotz anderslautender Berichte der AWIGO übrigens, wie viel Restmüll am Schwarzen See umgeschlagen werden darf. Während Wallenhorster Ratspolitiker die Maximalmenge nach einem genauen Studium des 2019 abgeschlossenen Kaufvertrags mit höchstens 54.000 Tonnen pro Jahr beziffern, geht die AWIGO heute von bis zu 75.000 Tonnen aus, was nahezu 40 Prozent mehr wäre.

Der SPD-Fraktionschef Guido Pott spricht gar davon, dass der Umschlag der Restabfälle aus dem Landkreis Osnabrück seit dem 15. Mai „hauptsächlich in der neu errichteten Halle im Gewerbegebiet „Schwarzer See“ stattfindet. Bei einem laut AWIGO für jeden der gut 350.000 Landkreis-Bewohner errechneten Aufkommen von 558 Kilogramm pro Jahr kommen so insgesamt übrigens fast 180.000 Tonnen Müll zusammen – in etwa so viel, wie in der 2002 von Bürgern verhinderten Anlage in Wallenhorst verarbeitet werden sollte.

Aufklärung von Bürgermeister Otto Steinkamp gibt es dazu bislang nicht – ebenso wenig wie zum Verkaufspreis, den die AWIGO an die Gemeinde Wallenhorst gezahlt hat. „Haben Sie bitte Verständnis, dass wir dazu keine Angaben machen“, erklärt der Bürgermeister auf Nachfrage.

Das Bürger-Echo wird seine Recherche zur AWIGO-Restmüllanlage fortsetzen und ist gespannt auf weitere News sowie Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger, über die natürlich – wie gewohnt öffentlich, wahrheitsgemäß und ohne Geheimhaltung – in den nächsten Ausgaben berichtet wird. (H.)

Die Fragen und Antworten der Wallenhorster Fraktionsvorsitzenden zum Thema AWIGO-Restmüllanlage am Schwarzen See:

Frage 1: Hat Ihre Fraktion in der Sitzung dem Vorhaben zugestimmt?

Andre Budke, Fraktionsvorsitzender der CDU: In dieser Sitzung erfolgte nur die Information zum Vorhaben der AWIGO. Hier erfolgte keine Abstimmung.

Manfred Gretzmann, Fraktionsvorsitzender der CDW/W: Die Sitzungen des Verwaltungsausschusses sind nicht öffentlich. Ich kann deshalb aus dem Ausschuss nicht berichten. Eine Abstimmung zu dem AWIGO-Vorhaben in dem Gewerbegebiet „Schwarzer See“ stand nicht auf der Tagesordnung.

Guido Pott, Fraktionsvorsitzender der SPD: Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat in seiner Sitzung im Dezember 2019 den Beschluss gefasst, eine 25.000 m² große Fläche an die AWIGO zu veräußern. Diesem hat auch die damalige SPD/FDP-Gruppe zugestimmt. Seitdem ist zum Projekt der AWIGO keine weitere Beschlussfassung in den politischen Gremien der Gemeinde Wallenhorst erfolgt.

Rüdiger Schulz, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Aus nicht öffentlichen Sitzungen werden und dürfen wir nicht berichten. Nur soviel: Die AWIGO war nicht anwesend, nicht beteiligt und eine Behandlung als Tagesordnungspunkt in dieser Sache ist nicht erfolgt.

Markus Steinkamp, Fraktionsvorsitzender der FDP: Wir haben nicht verstanden, um welche Art von Zustimmung es gehen soll. Allgemein können wir sagen, dass wir aus nicht öffentlichen Sitzungen nichts berichten können, im Verwaltungsausschuss jedoch durch die Änderung des Sitzverteilungsverfahrens sowieso nicht stimmberechtigt sind.

Frage 2: Wurde der Sachverhalt innerhalb der Fraktion diskutiert – wenn ja: Mit welchem Ergebnis und wenn nein: warum?

Andre Budke, Fraktionsvorsitzender der CDU: Ja, wir haben in der Fraktion das Bauvorhaben der AWIGO diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir dieses konkrete Vorhaben unterstützen können (siehe auch Frage 4), da es insgesamt eine Verbesserung der Entsorgungssituation darstellt.

Manfred Gretzmann, Fraktionsvorsitzender der CDW/W: Grundsätzlich werden alle politischen Entscheidungen in der Fraktion diskutiert. Die Entscheidung, der AWIGO zu ermöglichen, sich in Wallenhorst neu aufzustellen, ist bereits vom vorherigen Rat in 2019 getroffen worden. Im Rahmen der Vermarktung des Gewerbegebiets „Schwarzer See“ ist eine größere Fläche an die AWIGO veräußert worden. Dem konnten alle Ratsmitglie-

der zustimmen, da dadurch die unzureichende Platzsituation an dem bisherigen Standort der AWIGO an der Wernher-von-Braun-Straße beseitigt werden kann. Aufgrund der hohen Kundenfrequenz kommt es hier immer wieder zu Engpässen bei der Lagerkapazität, lange Wartezeiten für Kunden und drohende Verkehrsbehinderungen.

Guido Pott, Fraktionsvorsitzender der SPD: Jede Ausschuss- und Rats-sitzung wird seitens der SPD-Fraktion vor- und nachbesprochen. Eine Debatte innerhalb der SPD-Fraktion sowie etwaige Kritik aus den weiteren Ratsfraktionen zu diesem Themenkomplex sind mir nicht in Erinnerung geblieben. Daher kommen die von den Ratsherren Clemens Lammerskitten (CDU) und Rüdiger Schulz (Grüne) im letzten Bürger-Echo vorgetragenen Bedenken hinsichtlich des AWIGO-Standortes am Schwarzen See und die kritischen Töne gegenüber der Gemeindeverwaltung doch etwas überraschend. Dies vor dem Hintergrund, dass der Bürgermeister in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 19.05.2022 detailliert über das geplante Projekt der AWIGO berichtet und die CDU-Ratsfraktion im Juli 2022 – also nach der Sitzung des Verwaltungsausschusses – eine Pressemitteilung zu einem gemeinsamen Informationsgespräch mit der AWIGO veröffentlicht hat. In dieser wurde sogar explizit darauf hingewiesen, dass durch eine Einhausung des Umschlags eventuelle Geruchs- und Lärmimmissionen deutlich reduziert werden. Zudem wünschte man dem AWIGO-Projekt am Schwarzen See viel Erfolg. Der nun in den Aussagen von Clemens Lammerskitten erkennbare Sinneswandel der CDU ist – bei unveränderter Sachlage – doch bemerkenswert.

Rüdiger Schulz, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Wir sind weder als Baugenehmigungsbehörde noch als Gewerbeaufsichtsamt beteiligt gewesen, wir wurden auch nicht umfassend über die konkreten Bauvorhaben informiert, sondern lediglich informatorisch. Deshalb sind wir über das jetzige Vorhaben der AWIGO insofern überrascht, als über den Recyclinghof hinaus und neu Hausmüll aus dem Kreisgebiet antransportiert wird, von dem vorher nicht die Rede war, insbesondere nicht als 2019 das Grundstück von der Gemeinde verkauft wurde. Damals wurde aber der Verwendungszweck Recyclinghof nicht ausdrücklich für die Verwendung festgeschrieben, sodass nunmehr die AWIGO alle nach dem Baurecht und dem sonstigen öffentlichen Recht zulässigen Nutzungen ausüben kann. Der Kreis als Baugenehmigungsbehörde und das Gewerbeaufsichtsamt haben der Nutzung zugestimmt und die Gemeinde ist außen vor. Statt der beantragten Verbringung von 75.000 to pa soll das Gewerbeaufsichtsamt aber lediglich 54.000 to pa genehmigt haben, die Gründe sind uns auch nicht bekannt.

Markus Steinkamp, Fraktionsvorsitzender der FDP: Wir bereiten jede Sitzung vor und nach. Eine besondere Diskussion zu diesem Punkt ist uns nicht erinnerlich. Das mag daran gelegen haben, dass Mitte 2022 keinerlei Entscheidungen anstanden und das Thema neudeutsch bei uns in der Kategorie „No-Brainer“ liegt, es gab keinen Bedarf für eine Diskussion. Die Entscheidung, der AWIGO im Gewerbegebiet Schwarzer See einen neuen und erweiterten Standort zu ermöglichen, fiel 2019. Damals gab es keine FDP-Fraktion. Ich kann aber aus der Erinnerung sagen, dass es im gesamten Rat keine Gegenstimme und nicht einmal eine Enthaltung gab. Das Projekt wurde einhellig begrüßt.

Frage 3: Sind Sie damit einverstanden, dass der Restmüll aus dem gesamten Landkreis nach Wallenhorst kommt?

Andre Budke, Fraktionsvorsitzender der CDU: Müll bzw. Wertstoffe fallen im ganzen Landkreis an, die Lage der Gemeinde Wallenhorst bzw. konkret dieses Gewerbegebiets ist für eine Umschlaghalle logistisch vorteilhaft. Wichtig ist der CDU-Fraktion, dass der Umschlag technisch gut gelöst wird und der Betrieb möglichst wenig Immissionen auslöst. Eine dauerhafte Deponierung von Wertstoffen in Wallenhorst hingegen würden wir ablehnen, aber darum geht es bei diesem Bauvorhaben auch nicht.

Manfred Gretzmann, Fraktionsvorsitzender der CDW/IW: Abgesehen davon, dass die Gemeinde Wallenhorst hierauf keinen Einfluss hat, ist festzuhalten, dass der Müll aus dem Landkreis Osnabrück nicht in Wallenhorst verbleibt. Die kürzlich errichtete Halle ist eine reine Umschlaghalle, die nach den neuesten umwelttechnischen Standards errichtet wurde.

Guido Pott, Fraktionsvorsitzender der SPD: Seit dem 15. Mai findet der Umschlag der Restabfälle aus dem Landkreis Osnabrück hauptsächlich in der neu errichteten Halle im Gewerbegebiet Schwarzer See statt. Dort werden die Restabfälle von den Fahrzeugen der Müllabfuhr in sogenannte Walking Floors verladen und anschließend zu verschiedenen Entsorgungsanlagen transportiert. Der Restmüll kommt also nicht nur nach Wallenhorst, er verlässt unsere Gemeinde auch wieder. Darüber hinaus ist die Halle mit einer modernen Luftbehandlungstechnik ausgestattet und verfügt über Schnellauftore, die innerhalb weniger Sekunden öffnen und schließen.

Zudem werden die Wallenhorster Bürgerinnen und Bürger ganz konkret vom neuen AWIGO-Standort profitieren, wenn voraussichtlich im Sommer des kommenden Jahres der neue Recyclinghof mit Grünabfallplatz in Betrieb geht. Denn mit dem Standortwechsel vom bekanntlich zu kleinen Standort an der Wernher-von Braun-Straße werden kürzere Wartezeiten und eine verbesserte Verkehrsführung einhergehen.

Rüdiger Schulz, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Es handelt sich bei der Sortierung des Hausmülls nicht um den gesamten Hausmüll aus dem Kreisgebiet, wohl aber um eine bedeutende Menge und damit verbunden um erhebliche Aufkommen im neuen Gewerbe- und Industriegebiet. Wir sind stinksauer und enttäuscht, nicht ausreichend informiert worden zu sein. Aber nun liegen leider alle Genehmigungen vor, wir können gegenwärtig nichts mehr machen. Zukünftig muss die Gemeinde die Kaufverträge genauer fassen, dann hätte sich der nun eingetretene Fall vermeiden lassen. Es ist möglich in Kaufverträgen den genauen Verwendungszweck und die Art der Nutzung festzulegen. Das wurde 2019 versäumt, da war die jetzige Fraktion noch nicht am Start.

Markus Steinkamp, Fraktionsvorsitzender der FDP: Die aktuell errichtete Umschlaghalle hat die notwendigen Genehmigungen, um dort MAXIMAL 54.000 Tonnen Abfall (und nicht wie im Bürger-Echo berichtet MINDESTENS 75.000 Tonnen) im Jahr umzuschlagen. Weitere Standorte für Umschlagplätze der AWIGO sind Ankum und Georgsmarienhütte. Restmüll des Nordkreises wird auch in Ankum umgeschlagen, die genehmigte Kapazität in Wallenhorst ist gar nicht ausreichend für den gesamten Restmüll des Landkreises. Dort in Ankum werden im Gegenzug auch sämtlicher Papiermüll sowie die Leichtverpackungen (gelbe Tonne/gelber Sack) aus dem Nordkreis inkl. Wallenhorst umgeschlagen. Der gesamte Biomüll – auch aus Wallenhorst – geht nach Bohmte. Insoweit findet unseres Erachtens eine Lastenverteilung über den Landkreis statt.

Den Müll hier zu konsolidieren und umzuschlagen, bietet erhebliche logistische Vorteile, die sich auch positiv auf die Abfallgebühren für Wallenhorster Haushalte niederschlagen. Die Notwendigkeit zum Umschlag des Restmülls ergibt sich neu durch die Abwicklung der Helector-Anlage (siehe dazu auch die Antwort auf die übernächste Frage), an der bislang direkt die Sammelfahrzeuge entladen konnten. Dass nun für den Weitertransport umgeschlagen werden muss, ist insoweit auch die Kehrseite der Tatsache, dass eine solche Anlage oder eine Müllverbrennungsanlage innerhalb oder in der Nähe der Gemeinde nicht gewollt ist, worüber unseres Erachtens parteiübergreifend Einvernehmen besteht. Zu den weiter entfernten Müllverbrennungsanlagen nach Laar, Hengelo und Hameln können jedoch nicht sinnvoll die Sammelfahrzeuge fahren. Das Gewerbe- und Industriegebiet in Wallenhorst ist für den Umschlag ein geeigneter Platz, eine Alternative ist uns nicht geläufig. Die Abfälle werden weder in irgendeiner Weise chemisch behandelt, noch enddeponiert oder gar verbrannt etc., sondern lediglich umgeladen. Es geht auch nur um einen Teil aller Abfälle aus dem Landkreis, keinesfalls um solche aus der Stadt Osnabrück. Dass die Einrichtungen dafür im Landkreis unterhalten werden, ist verursachergerecht.

Frage 4: Fühlen Sie sich vom Bürgermeister ausreichend informiert und haben Sie auch selbst noch Fragen an ihn (welche)?

Andre Budke, Fraktionsvorsitzender der CDU: Wir hätten uns grundsätzlich eine Vorstellung des Bauvorhabens im Rat gewünscht, haben uns allerdings direkt an die AWIGO gewandt. Eine Vertreterin der AWIGO hat das Bauvorhaben unserer Fraktion ausführlich vorgestellt und u.a. auch die getroffenen Maßnahmen zur Immissionsreduzierung erläutert. Unsere Fragen zum Bauvorhaben konnten wir damit vollumfänglich klären.

Manfred Gretzmann, Fraktionsvorsitzender der CDW/IW: Über die Entwicklung im Gewerbegebiet „Schwarzer See“ hat der Bürgermeister die Politik regelmäßig informiert. Das Projekt der AWIGO ist im Frühsommer 2022 vorgestellt worden. Auf Initiative des CDW-Kreistagsabgeordneten und stellvertretenden Landrats Michael Lührmann hat am 13.07.2022 ein Orts-termin mit der AWIGO stattgefunden, an dem auch Vertreter anderer Fraktionen teilgenommen haben. Die Planungen wurden vorgestellt. Als Ziele der Neuaufstellung wurden insbesondere die Erweiterung des Serviceangebotes, eine optimierte Abfallannahmesituation, eine deutlich verbesserte Verkehrsführung und die Schaffung von Umschlags- und Lagerkapazitäten genannt. Fragen wurden ausführlich beantwortet.

Guido Pott, Fraktionsvorsitzender der SPD: Die Gemeindeverwaltung hat die Fraktionen nach dem Grundstücksverkauf über den Fortschritt des AWIGO-Projekts informiert. Darüber hinaus hat Bürgermeister Steinkamp zurecht darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit für die Genehmigung der Umschlagshalle beim Landkreis Osnabrück liegt.

Rüdiger Schulz, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Ich weiß nicht, wann der Bürgermeister was wusste. Aber auf jeden Fall fehlt

die unverzügliche Information des Rates nach Bekanntwerden. Das passiert leider öfter in letzter Zeit.

Markus Steinkamp, Fraktionsvorsitzender der FDP: Wir fühlen uns zum AWIGO-Neubau gut auf dem Laufenden gehalten und begrüßen das Projekt sehr. Wir wurden im Juli 2022 umfassend dazu informiert. Ich habe mir selbst in einem Vor-Ort-Termin mit Vertreterinnen und Vertretern von CDW und Grünen die Pläne präsentieren lassen, inkl. Verkehrsführung und Umschlagshalle (mit abnehmbarem Dach, siehe <https://gruene-fdp-cdw-gruppe-besichtigt-den-wertstoffhof-in-wallenhorst/>). Fragen haben wir aktuell keine, mit Verlaub wäre aber auch der Landkreis hier der naheliegende Ansprechpartner, weniger der Bürgermeister.

Frage 5: Im Jahr 2002 haben sich zahlreiche Bürger, alle Ratsfraktionen und der damalige Bürgermeister in einem breiten Bündnis vehement gegen den Bau einer vergleichbaren Anlage in der Gemeinde Wallenhorst ausgesprochen und den Stopp der Pläne erreicht. Glauben Sie, dass es inzwischen Zustimmung für die Anlage gibt und vor allem: Warum wurden die Bürger nicht von Politik und Verwaltung informiert?

Andre Budke, Fraktionsvorsitzender der CDU: Bei dem damaligen Vorhaben ging es nicht um eine Umschlaghalle, sondern meines Wissens verkürzt gesagt um eine Müllverbrennungsanlage. Das aktuelle Bauvorhaben der AWIGO hat wesentlich geringere Auswirkungen auf die Umgebung und ist damit aus unserer Sicht sicherlich anders zu beurteilen. Eine Müllverbrennungsanlage würden wir ablehnen und wahrscheinlich auch ein Großteil der Bürger. Die CDU-Fraktion hat im Juli 2022 in einem Bericht das Bauvorhaben der AWIGO vorgestellt und u.a. die Verbesserungen bei der Grünabfallannahme, aber auch die geplante Umschlaghalle für Wertstoffe thematisiert. Hierbei haben wir darauf hingewiesen, dass letztere lt. Planung bereits im Frühjahr 2023 in Betrieb gehen soll und die Immissionen durch die Einhausung deutlich reduziert werden sollen.

Manfred Gretzmann, Fraktionsvorsitzender der CDW/IV: Eine Vergleichbarkeit der Anlagen ist nicht gegeben. Während im Jahr 2002 eine Müllverwertungsanlage geplant war, handelt es sich hier, wie schon erwähnt, um eine reine Umschlaghalle. Der angelieferte Müll wird verdichtet, verladen und wieder abtransportiert. Die Öffentlichkeitsarbeit für dieses Projekt wird im Wesentlichen von der AWIGO vorgenommen.

Guido Pott, Fraktionsvorsitzender der SPD: Hier werden Äpfel und Birnen miteinander verglichen. Damals stand die Umsetzung einer Müll-Verarbeitungsanlage der Firma Herhof im Raum. Mit gänzlich anderen Prozessen und Kapazitäten, die über die damaligen Abfallmengen der Region hinausgingen. Mit dem aktuellen Projekt realisiert die AWIGO einen modernen Recyclinghof mit Grünplatz und Umschlagshalle. Der neue Standort sorgt für eine Verbesserung der Entsorgungssicherheit, entspricht dem neuesten Genehmigungsstandard, schafft neue Arbeitsplätze und wird zudem die Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort verbessern.

Rüdiger Schulz, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen: Die Gegenwart ist nicht mit der Situation in 2002 vergleichbar. Jetzt haben wir eine genehmigte Sortieranlage auf dem Recyclinghof, die wir hinnehmen müssen. Ungelöst ist immer noch das Grundproblem: Der Hausmüll aus unserem Kreis wird in andere Gegenden und ins Ausland gebracht, weil wir selbst ihn gegenwärtig nicht (thermisch) verwerten können. Das ist kein Modell für die Zukunft.

Markus Steinkamp, Fraktionsvorsitzender der FDP: Das Projekt im Jahr 2002 war soweit ich mich erinnere, gänzlich anders gelagert, keinesfalls vergleichbar. Da ging es darum, dass quasi hinter Toys'R'Us eine Verarbeitungsanlage für Abfälle von der Firma Herhof geplant wurde, und zwar zur Verwertung (!) von 180.000 Tonnen Müll pro Jahr. Das war weit mehr als die Gesamtmenge aus Stadt und Landkreis, was Befürchtungen eines Mülltourismus aus den Niederlanden nährte. Sauer stieß besonders auf, dass die gemeinsame Entsorgung von Stadt und Landkreis vereinbart wurde in der Übereinkunft, dass die Verwertungsanlage im Hafen in Osnabrück entsteht. Das sollte dann plötzlich umgeworfen werden und dann schwang auch noch immer so etwas von Müllverbrennung mit, selbst wenn das Trockenstabilisierverfahren technisch anders war. Die diversen Brände (es müssten mindestens drei gewesen sein) in der mittlerweile in Abwicklung befindlichen Helector-Anlage am Fürstenauer Weg zeigen, dass die Befürchtungen nicht falsch waren. Die Wallenhorsterinnen und Wallenhorster, von denen nicht wenige über den Fürstenauer Weg nach Osnabrück pendeln, sind u.E. nicht unglücklich über die Abwicklung der Helector-Anlage. Kehrseite des Verzichts auf eine solche Anlage in der Nähe ist nun der Umschlag, der hier produzierte Müll muss ja irgendwo hin. Die Öffentlichkeitsarbeit durch Politik und Verwaltung geschah unseres Erachtens vorbildlich. Bei-

spielhaft mag ich hier den Artikel der CDU-Fraktion herausgreifen (<https://www.wallenhorster.de/nachrichten/neuer-awigo-standort-in-wallenhorst-cdu-fraktion-informiert-sich-1021822/>), die Kolleginnen und Kollegen haben sich das genauso präsentieren lassen wie wir. Da können Sie im Foto auch schön die Halle im Modell sehen, die auch im Text erwähnt wird, in der Präsentation, die sicher die gleiche war wie bei uns, wurde im Rahmen der Zeitplanung auch auf die emissionsrechtlichen Verfahren im Zeitablauf eingegangen. Zum Spatenstich gab es eine umfangreiche Pressemitteilung mit Hinweis und Darstellung der Halle (<https://www.wallenhorster.de/nachrichten/neuer-awigo-standort-in-wallenhorst-am-schwarzen-see-1021855/>). Die beiden vorgenannten Pressemitteilungen sind m.W. auch zeitgleich im Bürger-Echo gedruckt worden. Zusätzlich hat noch die AWIGO informiert, nach meinem Verständnis der jüngsten Ausgabe des Bürger-Echos sind Sie selbst durch die dortige Veröffentlichung der AWIGO auf den Sachverhalt aufmerksam geworden. Weiter hat die AWIGO nicht nur ihren eigenen Instagram-Kanal bespielt, sondern auch Hinweise zum Bau und zur Betriebsaufnahme in die örtlichen Facebookgruppen zum Gemeindeleben gepostet. Diese Öffentlichkeitsarbeit ist schon außergewöhnlich im Vergleich zu anderen Objekten dieser Art und wir verstehen nicht ganz, was zusätzlich hätte geschehen sollen. Die Tatsache, dass in einem Industrie- und Gewerbegebiet gearbeitet wird und dort Lastkraftwagen fahren, die auch be- und entladen werden, hat u.E. eigentlich keinen überraschenden Informationswert. Diese Fragen zur allgemeinen Belastung der örtlichen Infrastruktur stellten sich bei Entscheidung zur entsprechenden Nutzung des Gebietes, aber unseres Erachtens nicht im Falle einzelner Ansiedlungen. Wir gehen davon aus, dass ausnahmslos im Rahmen der gültigen Bestimmungen gebaut und betrieben wird, Beschwerden sind uns auch nicht bekannt.

KOMMENTAR

...von Redakteur Klaus Hilkmann

Heimlich, still und leise

Es ist noch gar nicht lange her, dass Bürgermeister Otto Steinkamp und die Ratsfraktionen zu verschiedenen Gelegenheiten mehr oder weniger wortreich erklärt haben, wie wichtig ihnen Bürgernähe und Transparenz sind. In der Zeit des Bürgermeister- und Kommunalwahlkampfes 2021 waren das ganz große Themen.

Der Restmüllumschlag am Schwarzen See war damit offensichtlich nicht gemeint. Hier wurde Hand in Hand mit der AWIGO in wesentlichen Punkten nahezu im Verborgenen eine Planung durchgesetzt, die vor gut 20 Jahren durch den vehementen Widerstand der Wallenhorster Bevölkerung verhindert worden war.

Zwar stimmt es, dass die nun genehmigte Anlage anders konzipiert ist und weniger Müll aufnehmen soll als 2002. Dessen ungeachtet wird die AWIGO wie seinerzeit geplant einen Großteil der im Landkreis Osnabrück anfallenden Restmüllmenge in die Gemeinde Wallenhorst bringen. Dass dies nun zur Zwischenlagerung statt zur Verwertung geschieht, bedeutet für durch Lärm und andere Emissionen geplagte Anwohner keinen Unterschied.

Den gibt es allerdings aus ökologischer Sicht. Bislang wurden Wertstoffe aus dem Landkreis-Restmüll herausgefiltert und wiederverwertet. Künftig wird der in Wallenhorst zwischengelagerte Müll nach dem Motto „Ex und hopp“ komplett und unsortiert über viele Kilometer an die meistbietende Müllverbrennungsanlage geliefert. Da möchte man die Osnabrücker Landrätin mit grünem Parteibuch gern fragen, was das mit Umwelt- und Klimaschutz zu tun hat.

In Wallenhorst stellen sich noch weitere Fragen. Welche Entscheider aus unserer Gemeinde zu welchem Zeitpunkt von den Restmüll-Plänen wussten und wie es dazu kommen konnte, dass der Landkreis ohne Mitbestimmungsrecht der Gemeinde Wallenhorst allein über die Genehmigung und Nutzung der an die AWIGO verkauften Fläche bestimmen konnte, sind nur zwei von vielen weiteren. Und vor allem: Warum wurde die Bevölkerung – freundlich formuliert – derart defensiv informiert?

Der Bürgermeister und die Gemeindepolitiker sind hier auf jeden Fall in der Aufklärungspflicht. Sich weiterhin hinter geheim zu haltenden Abmachungen und Sitzungen zu verstecken, ist schlichtweg Politik gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung. Oder freut sich die Mehrheit der Wallenhorster tatsächlich darüber, dass ihre Gemeinde – heimlich, still und leise – zum Restmüll-Standort Nummer 1 des Landkreises geworden ist?

(H.)